

# Luxus statt Wachstum!

## Anmerkungen zur schiefen Debatte um Wirtschaftswachstum

Zahlen können nicht lügen. Weil das Bruttoinlandprodukt BIP in vielen Ländern im Fallen begriffen ist, herrscht weitestgehend Einigkeit darüber, dass wir uns in einer tiefen Wirtschaftskrise befinden. Um diese Krise zu überwinden, brauche es Wachstum, so die Meinung einer grossen Mehrheit. Uneins ist man sich lediglich darüber, wie dieses Wachstum zu erzielen sei, in welchen Wirtschaftszweigen es generiert werden und was mit den Früchten des Wachstums geschehen soll. Soll es der Staat richten oder nicht? Soll auf die Auto- oder die Solarindustrie gesetzt werden? Soll der Zugewinn privatisiert oder in die darbenenden Sektoren der öffentlichen Daseinsfürsorge umgeleitet werden? Eine nicht ganz unbedeutende Minderheit lehnt dagegen Wachstum überhaupt ab. ›Wir‹ leben schon lange über ›unsere‹ Verhältnisse und auf Kosten der Umwelt oder der Menschen im Süden. Zwischen diesen Positionen wird heftigst gerungen, und doch eint sie in der Regel der unhinterfragte Rekurs auf den vorherrschenden Wachstums- und Reichtumsbegriff der Volkswirtschaftslehre – mit fatalen Implikationen.

Nachfolgend deshalb einige Anmerkungen zu einer schiefen Debatte über Krisenbewältigung und Wirtschaftswachstum beziehungsweise einem Wachstumsbegriff, wie er den Debatten um die Möglichkeiten, Notwendigkeiten oder eben ›Grenzen des Wachstums‹<sup>1</sup> unterlegt ist.

### Wachsende Gütermengen, sinkendes Wachstum

Wachstum wird dem herrschenden Verständnis nach als das jährliche (oder je nach dem vierteljährliche) Wachstum der Geldwerte (der realisierten Preise) jener Güter und Dienstleistungen ausgewiesen, die in einem gegebenen Land verkauft oder erbracht werden. Dieses so genannte BIP ist jedoch in mehrfacher Hinsicht ein völlig reduzierter Indikator. Zum einen werden sämtliche unentgeltlich erbrachten Leistungen wie Haus-, Pflege- und Erziehungsarbeit überhaupt nicht erfasst, ein Aspekt, den vor allem die feministische Ökonomiekritik immer wieder betont (vgl. Madörin 2007). Zum anderen gehen auch die Umwelt- und

Gesundheitskosten, die im Produktions- und Arbeitsprozess entstehen, nicht in die Messung des Wohlstands ein (Altwater 2009).<sup>2</sup>

---

**Holger Schatz**

ist promovierter Soziologe und wissenschaftlicher Redaktor des Denknetzes.

Vor allem aber misst das BIP gerade nicht das Wachstum der produzierten Güter als solche.

Dieser Zusammenhang ist eigentlich banal. Dennoch wird er geflissentlich ignoriert, mit der Folge, dass die Produktivität einer Gesellschaft verzerrt eingeschätzt wird. Denn es kann durchaus sein, dass das ›Wachstum‹ (also das Wachstum der erzielten Preise) sinkt, die Gesellschaft also nach Massgabe der herrschenden Meinung unproduktiver und somit ärmer wird, obwohl sie mehr, schneller und vielleicht auch besser produziert. Dieses Paradox ist erklärungsbedürftig, doch steht es im Fokus einer Kritik der politischen Ökonomie, die Reichtum im Kapitalismus nicht nur deshalb kritisiert, weil er ungleich oder ungerecht verteilt wird, sondern weil er den ›wirklichen‹ Reichtum der Gesellschaft nicht abbildet. Mehr als das – er wird ihr zur Fessel.

Ein Beispiel: Nehmen wir an, eine Firma stelle aufgrund einer technischen Innovation gegenüber dem Vorjahr nunmehr mit der gleichen Anzahl bezahlter Arbeitsstunden statt 1 Million 1,5 Millionen Solarzellen her, die sie auf dem Markt zum gleichen (inflationsbereinigten) Preis wie im Vorjahr verkauft. In diesem Fall verlief das stoffliche Wachstum (Solarzellen) proportional zum Umsatz der Firma, der in das BIP des jeweiligen Landes eingeht. Zugleich stiege auch die betriebliche Profitrate, wenn der zusätzliche Umsatz für die 500'000 mehr produzierten Solarzellen die Investitionen für die Innovation übersteigt. Einige Zeit später hat die Konkurrenz im In- oder Ausland nachgezogen und ist ebenfalls in der Lage, mit vermindertem Aufwand mehr und besser zu produzieren. Bei nur leicht steigender Mengennachfrage würden in diesem Falle die Preise fallen. Die Folge: Obwohl die Gütermenge steigt und der Arbeitsaufwand vermindert werden konnte, obwohl also alle Kriterien für eine erfolgreiche Produktion gegeben sind, sinkt das BIP und auch die Profitrate. Wie schon Marx (1978, 250) schrieb, sinkt dieser Indikator also nicht, »weil die Arbeit unproduktiver, sondern weil sie produktiver wird.« Um das Wachstum dennoch weiter anzukurbeln, müsste im beschriebenen Fall die Mengennachfrage immer weiter erhöht werden, was jedoch auch nur bis zur Sättigung des Marktes möglich ist. Danach kann nur noch ›abgewrackt‹, also die Nachfrage künstlich wieder erneuert werden, indem man die ›alten‹ funktionsfähigen Güter verschrottet, so wie das neuerdings Koalitionen von Gewerkschaften, PolitikerInnen und Autoindustrie mit Vorliebe ersinnen.

### **Die Ideologie der Knappheit**

Dieses einfache Beispiel verdeutlicht, dass die Steigerung der menschlichen Produktivkraft unter kapitalistischen Produktionsbedingungen für

die Menschheit nicht zum Segen, sondern unter Umständen zum Fluch werden kann. Und das in zweierlei Hinsicht. Zum einen muss aufgrund der grotesken Differenz von stofflichem und geldwertem Reichtum die Güterproduktion in immer grösseren Raten wachsen, um das Wachstum des geldwerten Reichtums zu garantieren. Und die andere Seite der Medaille: Obwohl von allem genug da ist oder da sein könnte, gibt es eine Krise, einen Mangel, weil der Zugang zu den gesellschaftlichen Ressourcen, zur ganzen Fülle des stofflichen und gesellschaftlichen Reichtums vom Geld versperrt wird. Wir haben es also mit einer künstlichen Verknappung des stofflichen Reichtums zu tun.

Weil im Kapitalismus der Produktion nicht eine Analyse des Mangels beziehungsweise der ungedeckten gesellschaftlichen Bedürfnisse vorausgeht, sondern eine betriebswirtschaftliche Kalkulation der Marktlage, kommt es strukturell immer wieder zur Situation, dass der Zugang zum stofflichen Reichtum versperrt bleibt. Gemeint ist dabei nicht nur, dass Produkte für viele Menschen unerreichbar, weil unbezahlbar bleiben. Es bedeutet auch, dass Produkte gar nicht erst produziert werden, obwohl alle Voraussetzungen dafür gegeben wären. »Etwas mag so unverzichtbar sein, wie es will, nimmt es für seinen Nutzniesser nicht die Form eines Mangelgutes an, so bleibt es vom Standpunkt der Warengesellschaft aus gesehen doch prinzipiell wertlos« (Lohoff 1998).<sup>3</sup> Diese dem Kapitalismus eigene künstliche Verknappung bewirkt schliesslich den Ausschluss unzähliger Dinge, aber auch Tätigkeiten aus dem herrschenden Produktionszusammenhang. Augenscheinlich wird dies in der Care-Arbeit, der Fürsorge für und Pflege von Menschen, die nach Massgabe kapitalistischer Rationalität wertlos erscheinen (Schilliger 2009). Unter dem Diktat des Wachstumsregimes wird aber nicht nur massenhaft Arbeitskraft missachtet, nicht mehr bezahlt und letztlich still gelegt. Vielmehr werden umgekehrt auf groteske Weise permanent neue Arbeiten notwendig, um die hergestellten Güter zu vermarkten und den resultierenden Gewinn zu verwalten. Arbeiten, die in einem anders gelagerten Produktionszusammenhang völlig überflüssig wären, ohne dass deshalb weniger oder schlechtere Güter und Dienstleistungen zur Verfügung stünden.

Der immense Reichtum, der heute aufgrund der Produktivität und der Kooperation menschlicher Arbeit vorhanden ist oder vorhanden sein könnte, muss vom Wachstumszwang befreit werden. In dieser Hinsicht ist eine Kritik am Wachstum »um jeden Preis« berechtigt (Guggenbühl 2006). Weil aber auch die Wachstumskritik in der Regel nicht zwischen stofflichem und geldwertem Reichtum unterscheidet, bleibt ihr letztlich nichts anders übrig, als in jenen reaktionären Chor mit einzustimmen,

der da fordert, ›wir‹ müssten alle den Gürtel enger schnallen und ›uns‹ in Verzicht üben. Das wäre nur die Kehrseite der herrschenden »Ideologie der Knappheit«, die die systematisch wiederkehrende, systembedingte Knappheit des geldwerten Wachstums als Knappheit an stofflichen Gütern und vor allem als mangelnde Arbeitsproduktivität erscheinen lässt und so die Disziplinierung und Bescheidenheit der Erwerbsabhängigen erzwingt (vgl. Schatz 2004).

Unter dem Diktat des Wachstumsregimes sind die Erwerbsabhängigen und ihre Repräsentationsorgane auf verhängnisvolle Weise in Geiselhaft genommen. So wie AktionärInnen ständig die Entwicklung der Börsenkurse im Blick haben müssen, warten die Erwerbsabhängigen mit Bangen auf die neuesten Wachstumsprognosen. Je höher diese ausfallen, so ihre nicht unbegründete Hoffnung, desto grösser werden die Chancen auf eine Erwerbsmöglichkeit. Gewiss, eine Umverteilung des geldwerten Wachstums von oben nach unten und eine gewisse Umlenkung in die Sektoren des Service Public würde in vielerlei Hinsicht Entlastung bringen. Aufbrechen lässt sich der Wachstumszwang so aber nicht. Die Gesellschaft würde weiterhin am Tropf der Wertschöpfung, der Verwertung des Werts, hängen bleiben.

### **Aneignung und Entfaltung des Reichtums**

Diese Geiselhaft endet erst, wenn die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse zum Ziel von Produktionsentscheidungen und wenn das Kriterium für eine erfolgreiche Produktion die für dieses Ziel erforderlichen Produkte und Dienstleistungen werden. Und nicht etwa die Frage, ob diese Produkte auch mit einem Mehrwert verkauft werden können. Bei einer solchen direkten Aneignung der Produkte kann es freilich nicht darum gehen, ihren Gebrauchswert in naiver Weise zu glorifizieren und einen besinnungslosen Konsumismus zu preisen, wie es im Kapitalismus so typisch ist. Was der Gebrauchswert eines Produkts ist, wird immer ein Ergebnis kultureller und sozialer Prozesse sein. »Stofflicher Reichtum vermittelt sich gesellschaftlich nicht von selbst: wo er die vorherrschende gesellschaftliche Form des Reichtums ist (also gerade nicht im Kapitalismus, wo sich zwar vieles um die stofflichen Güter dreht, das Mass des Reichtums jedoch das Geld ist – Anmerkung H.S.), wird er durch offene gesellschaftliche Beziehungen ›bewertet‹ und verteilt – aufgrund traditioneller gesellschaftlicher Bindungen, Machtverhältnissen, bewusster Entscheidungen, Nützlichkeitsabwägungen und anderem mehr« (Postone 2003).

Eine Reichtumsgesellschaft, die auf der Produktion von Gebrauchswerten und Dienstleistungen zur Befriedigung konkreter Bedürfnisse be-

ruht, wird nicht frei von Auseinandersetzungen darüber sein, was wann in welcher Menge produziert werden soll (Ringger 2009).<sup>4</sup> Ist jedoch der gesellschaftliche Produktions- und Reproduktionsprozess erst einmal von der Fessel der Verwertung befreit, können die produktiven Reichtumspotenziale, die im kooperativen Zusammenwirken frei assoziierter Individuen begründet sind, überhaupt erst entfaltet werden.

### Anmerkungen

- 1 Der Begriff wurde erstmals von Meadows verwendet, in einer Analyse für den Club of Rome im Jahr 1972.
- 2 Um diese beiden Defizite auszugleichen, sind diverse alternative Indikatoren zur Messung des Wohlstandes entwickelt worden, so etwa der Human Development Index (HDI), der Nationale Wohlfahrtsindex (NWI) oder der Index of Sustainable Economic Welfare (ISEW). Diese Indexe berücksichtigen auch die Arbeit im Care-Bereich sowie die sozialen und ökologische Folgekosten (vgl. Kosch 2009).
- 3 Deshalb wird auch über kurz oder lang ein ›grüner Kapitalismus‹ respektive ein ›Green New Deal‹ kein Segen für die Umwelt sein, wie es derzeit oft erhofft wird (vgl. Methmann 2009). An und für sich nützliche Produkte wie Solaranlagen werden eben nur solange produziert, wie es sich rechnet. Sobald der grüne Kapitalismus keinen Mehrwert mehr abwirft, ergeht es den an und für sich ökologisch wertvollen Innovationen wie jeder Produktivkraft, deren Einsatz nicht mehr profitabel erscheint: Sie wird still gelegt.
- 4 Und auch die Frage einer ökologisch nachhaltigen Güterproduktion wird akut bleiben, selbst wenn der Wegfall des ungeheuerlichen Drucks, immer mehr auch über den Bedarf hinaus zu produzieren, wie es im Kapitalismus der Fall ist, die Umwelt erheblich entlasten wird.

### Literatur:

- Altwater, Elmar (2009): Über vielfältige Ursachen der kapitalistischen Krisen und einfältige Politik. In: Altwater, Elmar, Joachim Bischoff, Rudolf Hickel, Joachim Hirsch, Dirk Hirschel, Jörg Huffs Schmid und Karl-Georg Zinn (Hg.): Krisen Analysen. Hamburg.
- Guggenbühl, Hanspeter (2006): Wachstum ist keine Lösung, sondern das Problem. In: Denknetz-Jahrbuch 2006. edition 8, Zürich
- Kosch, Stephan (2009): Die Vermessung des Wohlstandes. In: TAZ vom 13. August 2009.
- Lohoff, Ernst (1998): Zur Dialektik von Mangel und Überfluss. In: Krisis 21/22.
- Madörin, Mascha (2007): Neoliberalismus und die Reorganisation der Care-Ökonomie. In: Denknetz-Jahrbuch 2007. edition 8, Zürich
- Marx, Karl (1978): Das Kapital. Bd.3. MEW 25, Berlin.
- Methmann, Chris (2009): Ein Green New Deal als Hebel für gesellschaftliche Veränderung. In: Ötsch, Silke, Thomas Sauer, Peter Wahl (Hg.): Das Casino schliessen! – Analysen und Alternativen zum Finanzmarktkapitalismus. Hamburg.
- Postone, Moishe (2003): Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft – Eine neue Interpretation der kritischen Theorie von Marx. Freiburg.
- Ringger, Beat (2009): Socialism revisited – Eine Skizze einer möglichen anderen Welt. In: Lunapark21, Heft 5/2009.
- Schatz, Holger (2004): Arbeit als Herrschaft – Die Krise des Leistungsprinzips und seine neoliberale Rekonstruktion. Münster.
- Schilliger, Sarah (2009): Who cares? Care-Arbeit im neoliberalen Geschlechterregime. In: Widerspruch 56/2009.